

## Bericht Stadtratssitzung vom 29. März

### Inhalt:

- Antrag Tariftreue, Fraktion DIE LINKE
- Resolution AKW Grafenrheinfeld abschalten, SPD, Linke, Grüne SWL
- Informationen Katastrophenschutz

### Antrag Tariftreue, DIE LINKE:

Wie zu erwarten war wurde unser Antrag mit 28 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Antragsbegehren war alle städtischen Gesellschaften zum Abschluss von Tarifverträgen zu verpflichten.

Bisher gelten Tarifverträge überall, bis auf die Leopoldina Service GmbH und die Kulturservice GmbH. In beiden Dienstleistungsbetrieben der Stadt (Reinigung, Bewachung, etc.) legt die Geschäftsführung die Löhne in Eigenregie fest. Ergebnis: Entgelterhöhungen gibt es nach „Gönnerprinzip“, ohne Anspruch oder Verhandlung. Die Löhne liegen somit zum Großteil im Niedriglohnbereich (unter 9,50 Euro brutto/ Stunde).

Diese ungenügende Bezahlung wollten wir ändern. An unserer Seite standen die SPD und die Grünen. Alle anderen waren, wie Oberbürgermeister Remelè der Meinung, die Beschäftigten dort verdienen genug und hätten keinen Grund sich zu beschweren. Immerhin bekommt das Wachpersonal in den Museen 7,55 Euro/ Stunde! CSU Fraktionschef Funk sagte wörtlich „da nagt doch niemand am Hungertuch“! Auch SWL Mann Adi Schön und prosw Vorsitzender Knöchel schlossen sich dieser Meinung an. Übrigens alle Beamte, deren Dienstverhältnis sauber geordnet, geklärt und stets anständig bezahlt war, bzw. ist. Aber für sie für sich selbst in Anspruch nehmen, braucht nicht für andere gelten.

### Resolution „AKW Grafenrheinfeld abschalten“:

Unter der Federführung von SPD Stadtrat Dr Herbert Wiener hatten sich gut 10 Räte aus SPD, Linken, SWL und Grüne zusammengetan und die sofortige Abschaltung des AKW Grafenrheinfeld in einem Dringlichkeitsantrag gefordert. Sie taten dies unter dem Label „verantwortungsbewusste Stadträte“.

In einer ausführlichen, teils hitzigen und sehr persönlichen Debatte wurde dem Antrag mit zwei Änderungen einstimmig zugestimmt. Aus dem sofortigen Ausstieg machten CSU, prosw, FDP und FBU einen „baldmöglichsten“ Ausstieg (was immer das in Zeit auch heißen mag). Als Adressaten wurden auch alle unterfränkischen Gebietskörperschaften aufgenommen.

In der Diskussion wurde das CSU- Dilemma wieder einmal deutlich. Obwohl sich die Schweinfurter CSU- Fraktion schon immer gegen das AKW Grafenrheinfeld ausgesprochen hat, ist sie prinzipiell für Kernenergie. Gleiches gilt übrigens für OB Remelè. Nach dem St. Floriansprinzip allerdings mit dem Zusatz „aber nicht vor unserer Haustür“. Wie glaubwürdig diese Haltung ist, muss jeder für sich entscheiden.

### Katastrophenschutzplan:

Unter dem Eindruck der Atomkatastrophe von Fukushima wurde die Verwaltung aufgefordert den aktuellen Katastrophenschutzplan für die Region zu erläutern. Sie tat dies, allerdings überaus lückenhaft und vage. Konkrete Fragen konnten zum Großteil nicht beantwortet werden. Niemand weiß wo die hunderten freiwilligen Helfer herkommen sollen die zur

Bewältigung nötig sind. Niemand weiß genau wie viele Schutzanzüge in welcher Kategorie vorrätig sind. Wie die exakten Abläufe seien usw.  
Stadtrat Dr. Wiener brachte es auf den Punkt: „Nur mit einer GAU- Vorlaufzeit von mindestens einer Woche ist diese Plan im Ansatz durchführbar.“ Unter dem Strich eine reine Beruhigungspille.

Frank Firsching